



Vor 200 Jahren versammelten sich auf der Wartburg bei Eisenach Studenten zu einer patriotischen Kundgebung – und verbrannten Bücher ihnen nicht genehmer Autoren, darunter den »Code Napoléon«.
 Von Peter Hacks

Parteinahme

Positionspapier der Kommunistischen Plattform der Linken zur sogenannten Flüchtlingsfrage

3

Feindstrafrecht

Prozessauftakt: Italienischer G-20-Gegner schweren Landfriedensbruchs bezichtigt – ohne Belege

4

Rechtsruck

ÖVP und FPÖ gewinnen Wahl in Österreich. Grüne verpassen Parlamentseinzug. Kommentar Seite 8

6

Deutungshoheit

Wie das BKA die Regie führte: Lektürehinweise zum »Deutschen Herbst«. Von Ron Augustin

11

Aufs falsche Pferd gesetzt

SPD gewinnt in Niedersachsen – und kann die Koalition mit den Grünen nicht fortsetzen. FDP schließt »Ampel« aus, Linke scheitert an Fünfprozenthürde. **Von Jana Frielinghaus**

Als eine Art Triumphator wurde Stephan Weil in den Montagsausgaben vieler Medien präsentiert. Und gemessen an der historischen Pleite der SPD bei der Bundestagswahl am 24. September (20,5 Prozent), kann man den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Niedersachsen auch als solchen sehen. Bei der vorgezogenen Landtagswahl am Sonntag kam seine Partei auf 36,9 Prozent der Stimmen, das ist gegenüber der vorangegangenen im Januar 2013 ein Plus von 4,3 Prozentpunkten. Das ist in dem Bundesland, in dem einst Altkanzler Gerhard Schröder herrschte, das beste SPD-Ergebnis seit 1998.

Und doch bleibt es ein klassischer Pyrrhussieg: Die amtierende Koalition mit den Grünen ist am Ende, denn letztere verloren satte fünf Punkte und kamen nur noch auf 8,7 Prozent der Stimmen, Die Linke scheiterte mit 4,6 Prozent an der Fünfprozenthürde. Weil hatte im Wahlkampf explizit das Ziel ausgegeben, die rote Konkurrenz aus dem Parlament fernzuhalten – und von vornherein ausgeschlossen, sie in ein Regierungsbündnis einzubinden. Jetzt stellt sich heraus, dass er sich damit ins Knie geschossen hat.

Die FDP kam auf 7,5 Prozent, was einem Verlust von 2,4 Punkten entspricht. Gleichwohl stellte die Liberalen am Montag umgehend klar, dass sie mit SPD und Grünen kein Regierungsbündnis eingehen werden. Alles läuft also auf eine große Koalition mit den Christdemokraten hinaus, die mit 33,6 Prozent (minus 2,4 Punkte) zweitstärkste Kraft wurden, zugleich aber ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl seit 1959 erzielten. Rechnerisch möglich, aber unwahrscheinlich ist auch eine »Jamaika«-



Mit Rössern meinen sich die Niedersachsen auszukennen. Das Spezialwissen hat Stephan Weil offenbar nicht geholfen

Koalition von CDU, FDP und Grünen.

Die AfD erzielte mit 6,2 Prozent ein relativ schwaches Ergebnis, was mit der Zerstrittenheit des Landesverbandes zu tun haben dürfte. Gleichwohl stellt sie nun auch im niedersächsischen Parlament eine Fraktion.

Die Linkspartei bezeichnete ihr Ergebnis als Erfolg. Gegenüber 2013 hat sie 1,5 Prozentpunkte hinzugewonnen, und das bei einer deutlich höheren Wahlbeteiligung (63,1 gegenüber 59,4 Prozent). Dennoch dürfte das Scheitern an der Fünfprozenthürde für die Genossen eine herbe Enttäuschung sein, hatte Die Linke doch bei der Bundestagswahl vor drei Wochen in Nie-

dersachsen sieben Prozent einfahren können. Dies deutet auf ein taktisches Votieren vieler Wähler nach der Ankündigung des Ministerpräsidenten hin, auf keinen Fall mit der Linkspartei eine Koalition bilden zu wollen. Der Linke-Bundesvorsitzende Bernd Riexinger warf der SPD am Montag in Berlin vor, gegen seine Partei statt gegen die AfD Wahlkampf gemacht zu haben. Andernfalls hätte es »eine Mehrheit für Rot-Rot-Grün gegeben«, beklagte er. Der sächsische Linke-Chef Rico Gebhardt konstatierte in einer Presseerklärung, Weil habe sich das eigene Ziel, mit den Grünen weiterzuregieren, verbaut. Gleichwohl müsse sich Die Linke fran-

gen, ob sie die Genossen in Niedersachsen ausreichend unterstützt habe. Die »absurden Personaldebatten«, die nach der Bundestagswahl »vom Zaun gebrochen« worden seien, hätten die »thematische Berichterstattung« über die Partei überlagert und ihr Ergebnis in Niedersachsen vermutlich negativ beeinflusst, kritisierte Gebhardt.

Wahlsieger Weil betonte derweil, er werde allen Parteien außer der AfD Gespräche anbieten. Zugleich mahnte er eine programmatische »Erneuerung« der SPD an. »Niemand betrachtet dieses Wahlergebnis in Niedersachsen als Beruhigungspille«, sagte er am Montag mit Blick auf die Niederlage im Bund.

Irakische Armee besetzt Kirkuk



Bagdad. Einheiten der irakischen Armee sind am Montag in die bislang von kurdischen Peschmerga kontrollierte Stadt Kirkuk im Norden des Landes einmarschiert. Dort brachten sie das Gebäude der Provinzregierung sowie den Militärflughafen unter ihre Kontrolle. Kurdische Einheiten sollen kaum Widerstand geleistet haben.

Die Stadt wurde seit 2014 von den kurdischen Peschmerga kontrolliert, nachdem die irakischen Regierungstruppen vor der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« geflohen waren. Das Kommando der Peschmerga erklärte, der Angriff auf Kirkuk komme einer »Kriegserklärung« gleich. Man werde Kurdistan verteidigen.

Mit der Militäraktion reagiert Bagdad auf das Unabhängigkeitsreferendum der Kurden im Norden des Landes. Diese hatten sich im September für die Abspaltung vom Irak ausgesprochen. (dpa/JW)

Letzte Kämpfe um Rakka

Damaskus. In der syrischen Stadt Al-Rakka gingen am Montag die Kämpfe um die letzten noch von der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) kontrollierten Viertel weiter. Ein paar verbliebene Kämpfer hätten sich im Innenstadtbereich in der Nähe des Stadions und des nationalen Krankenhauses verschanz, sagte ein Sprecher der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDK) am Montag. Dem Bündnis sei es gelungen, ein weiteres Stadtviertel im Nordwesten Rakkas einzunehmen.

In den vergangenen Tagen hatten sich rund 275 syrische IS-Kämpfer ergeben, nachdem eine Einigung für einen friedlichen Abzug für sie und ihre Familien erzielt worden war. Die SDK gehen davon aus, dass sich noch rund 150 – vor allem ausländische – Dschihadisten in der Innenstadt Rakkas aufhalten. Die Islamisten hatten die Stadt 2014 erobert. (dpa/JW)

Verlängerung des Tauziehens

Katalanischer Ministerpräsident vermeidet klare Antwort an Madrid. Neues Ultimatum

Der katalanische Ministerpräsident Carles Puigdemont hat die spanische Zentralregierung in einem am Montag veröffentlichten Schreiben zum Dialog und zu einem Ende der juristischen Verfolgung von Funktionären der Regionalregierung aufgefordert. Mit dem zweiseitigen Brief reagierte er auf die mit einem Ultimatum verbundene Frage des Kabinetts von Mariano Rajoy, ob er bei seiner Rede vor dem katalanischen Parlament am 10. Oktober die Unabhängigkeit der autonomen Region proklamiert habe

oder nicht. Madrid hatte Katalonien für die Antwort eine Frist bis Montag um 10 Uhr gesetzt und droht mit der Einschränkung oder Aufhebung von dessen Autonomie.

Puigdemont vermied in seinem Schreiben eine klare Aussage darüber, wie seine Rede zu verstehen gewesen sei. Statt dessen schrieb er, »die Suspendierung des sich aus den Urnen am 1. Oktober ergebenden politischen Mandats« spiegele den Willen der Regionalregierung wider, eine Konfrontation zu vermeiden und eine Lösung zu finden. »Unsere Absicht ist, den

Weg in einer sowohl zeitlich als auch in seinen Formen vereinbarten Weise zu gehen.« Er ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass das politische Ziel seiner Regierung die Unabhängigkeit Kataloniens ist.

An der von Madrid verbotenen Volksabstimmung am 1. Oktober hatten sich trotz polizeilicher Repression 43 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt. Von diesen stimmten mehr als 90 Prozent dafür, dass sich Katalonien als unabhängige Republik konstituieren solle.

Als Reaktion auf das Schreiben

Puigdemonts setzte Spaniens stellvertretende Ministerpräsidentin Soraya Saénz de Santamaría Katalonien am Montag in Madrid eine neue Frist bis Donnerstag. Wenn bis dahin der Unabhängigkeitsprozess nicht abgebrochen worden sei, werde man »harte Maßnahmen« ergreifen, hatte Innenminister Juan Ignacio Zoido schon am Wochenende gewarnt. Saénz wollte ihrerseits am Montag nicht konkreter werden, welche Schritte Madrid einleiten will. Den Dialogaufruf Puigdemonts wies die Vizeregierungschefin zurück. (dpa/JW)

jW wird herausgegeben von 2.075 Genossinnen und Genossen (Stand 1.10.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

